

**I SuedLink**

- I.1 Die Alternativtrassen seien erst 2-3 Monate nach der Informationsveranstaltung im Sommer 2014 ins Gespräch gebracht worden. **Ein Zuhörer** fragte, ob der Stadt die Gründe für die bessere Bewertung der Alternativtrassen bekannt seien.

**Herr Baxmann** antwortete, dass weder die Stadt noch andere Verwaltungen, Räte oder Bürgerinitiativen Auskünfte bekommen. Von daher rate er allen Initiativen, sich zu bündeln und sich argumentativ stark aufzustellen.

- I.2 **Eine Zuhörerin** bemängelte die Berichterstattung in der Zeitung, da zum Trassenverlauf lediglich ausgeführt wurde: „Nicht am Waldbad vorbei.“. Warum hatte Burgwedel mehr Informationen und konnte die Variante des Trassenverlaufs beeinflussen?

**Herr Baxmann** erwiderte, dass er erst vor einer Stunde mit dem Bürgermeister aus Burgwedel telefoniert habe. Auch in Burgwedel liegen keine weiteren Informationen vor. Alle vorliegenden Informationen sind für die Öffentlichkeit zugänglich.

- I.3 **Eine Zuhörerin** fragte, warum der Antrag von Herrn Fleischmann „Nein zur geplanten Stromautobahn SuedLink“ abgelehnt wurde.

**Herr Baxmann** antwortete, dass aus Sicht von Rat und Verwaltung eine Stromtrasse erforderlich sei, wenn die Energiewende umgesetzt werden soll. Entsprechend habe der Antrag nicht die notwendige Mehrheit erhalten. Im laufenden Verfahren fehle es an der notwendigen Transparenz. Kritik und Trassenbewertungen werden nicht veröffentlicht. Grundsätzlich müssten die Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten werden.

**Die Zuhörerin** fragte weiter, warum nicht mit den anderen Bürgermeistern aus der Region kommuniziert werde.

**Herr Baxmann** erwiderte, dass dieses bereits regelmäßig erfolge.

- I.4. **Eine Zuhörerin** führte aus, dass auch andere Alternativtrassen, die nicht die Region Hannover tangieren, vorliegen.

**Herr Baxmann** wiederholte, dass die Stadt gegenüber jeder Stelle, wie z.B. bei den Bundestagsabgeordneten oder auch bei Tennet selbst, die fehlende Transparenz bemängele. Es werde alles versucht, um die Kriterien in Erfahrung zu bringen. Er wiederholte, dass es nicht ausreiche, nur gegen den SuedLink zu sprechen, es müssten auch überzeugende Argumente vorgebracht werden.

- I.5 **Ein Zuhörer** unterstellte, dass der SuedLink nicht erforderlich sei. Er fragte, wann die Bürger/Bürgerinnen und die Ortsvorsteher/Ortsvorsteherinnen informiert werden.

**Herr Lehmann** berichtete, dass die Ortsvorsteherin bzw. der Ortsbürgermeister der im Vorkorridor liegenden Ortschaften Beinhorn und Schillerslage informiert wurden. Im Bauausschuss wurden immer alle Informationen vorgetragen. Als am 10.10. die neuen Trassenvarianten veröffentlicht wurden, erfolgte sofort die Information an die Ortsvorsteher der davon betroffenen Ortschaften Dachtmissen und Sorgensen. Auf der Internetseite der Stadt sind alle vorliegenden Informationen für jedermann zugänglich eingestellt. Darüber hinaus werde ein Newsletter eingerichtet. Interessierte können sich in die bereit liegende Liste eintragen.

I.6 **Ein Zuhörer** stellte die Notwendigkeit des SuedLinks in Frage. Er habe dem Bürgermeister hierzu Unterlagen zukommen lassen.

**Herr Baxmann** bestätigte den Erhalt. Die Unterlagen habe er zur Kenntnis genommen.

## **II Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule (GPGS)**

II.1 **Ein Zuhörer** bemängelte, dass das heutige Abstimmungsverhalten bereits vorab in der Presse dargestellt wurde.

**Herr Baxmann** verwies auf das Informationsrecht der Presse und die Informationspflicht ihr gegenüber. Den Ratsmitgliedern stehe es frei, sich entsprechend zu äußern.

II.2 **Eine Zuhörerin** kritisierte, dass die naturwissenschaftlichen Räume im Gymnasium in Klassenräume umgewandelt werden sollen.

**Herr Lehmann** erläuterte, dass diese Räume saniert und nicht umfunktioniert werden.

II.3 **Eine Zuhörerin** hinterfragte die konkreten Vorteile für eine Verlegung der GPGS.

II.4 **Ein Zuhörer** führte aus, dass die derzeitige Raumplanung für das Gymnasium auf der Vierzügigkeit der Schule basiere, diese aber derzeit fünfzügig sei. Er regte an, bei der Raumplanung das neunjährige Gymnasium (G9) und die Fünfzügigkeit zu berücksichtigen.

II.5 **Eine Zuhörerin** mahnte, dass die Einrichtung von Fahrradabstellplätzen nahe der Aula die Sicherheit gefährde.

**Herr Weinel** verwies zu den Punkten II.3 bis II.5 auf die Beratung zu Tagesordnungspunkt 9.

II.6 **Eine Zuhörerin** verwies darauf, dass in der GPGS jeder Raum genutzt werde. Die Kooperationspartner der GPGS liegen nördlich des Berliner Rings, so dass künftig mit den Grundschulern die Straße gequert werden müsse. Sie vertraue auf die Entscheidung des Rates.

## **III Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK)**

III.1 **Eine Zuhörerin** fragte, ob der Rat am ISEK festhalte.

**Herr Lehmann** antwortete, dass das ISEK die Grundlage für den in der Aufstellung sich befindenden Flächennutzungsplan sei. Die Trasse des SuedLinks könne die Entwicklungsmöglichkeiten im Südosten einschränken.